

 drucken

Ausgabe vom 16. März 2009

Seite

Jens Martin führt Osnabrücker SPD

37-Jähriger mit 88 Prozent gewählt – Parteitag für NPD-Verbot



Hand in Hand für die SPD (von links): Friedrich Uhrmacher, der neue Vorsitzende Jens Martin, der Bundestagsabgeordnete Martin Schwanholz, Beate Lechler und Frank Henning. Auf dem Foto fehlt Alice Graschat. Foto: Thomas Osterfeld

hin Osnabrück. Der SPD-Unterbezirk Osnabrück hat einen neuen Vorsitzenden: Der 37-jährige Archäologe Jens Martin ist am Samstag zum Nachfolger von Friedrich Uhrmacher gewählt worden.

82 der 108 Delegierten des Unterbezirksparteitages (88 Prozent) stimmten für Martin, der bereits als Schriftführer dem Vorstand angehörte. Friedrich Uhrmacher hatte im Juli 2008 den Vorsitz nach dem Rücktritt von Ulla Groskurt kommissarisch übernommen. Uhrmacher bleibt als stellvertretender Vorsitzender weiter im Vorstand aktiv. Die weiteren Stellvertreter sind Alice Graschat, Beate Lechler und Frank Hennig.

Jens Martin ist verheiratet und Vater zweier Söhne im Alter von fünf und sieben Jahren. Seine Arbeit als Archäologe im Dienst der Universität Münster gab er zugunsten der Familie auf. „Ich bin ganz Hausmann“, sagt der 37-Jährige. Sein Schwerpunktthema ist die Bildung. Als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Bildung in der SPD meldete er sich immer wieder zu schulpolitischen Fragen zu Wort. Der SPD trat er 2002 bei: „Ich hatte Sorge, dass die SPD die Wahl verliert. Da bin ich aktiv geworden.“

Martin rechnet sich „ganz bewusst“ keinem Flügel der SPD zu. Er sehe sich als Kapitän, der sein Schiff nicht stur geradeaus, sondern um Klippen herumführen müsse. Die Zusammenarbeit mit den Linken ist für ihn kein strittiges Thema mehr. Martin hatte als Vorstandsmitglied dem Antrag an den Bundesparteitag zugestimmt, auf Koalitionsaussagen vor Wahlen zu verzichten, was eine Kooperation mit den Linken grundsätzlich möglich machen würde.

Vor dem Hintergrund der NPD-Demo in Osnabrück macht sich die Stadt-SPD für ein Verbot der rechtsextremen Partei stark. Der Parteitag forderte einstimmig die SPD-Bundestagsfraktion auf, ein Verbotsverfahren auf den Weg zu bringen. Der Rechtsextremismus sei eine große Gefahr für die Demokratie in Deutschland, heißt es in dem Antrag der Osnabrücker SPD. Mit einem Parteiverbot werde das Problem des Rechtsextremismus zwar nicht gelöst. Es sei aber nicht hinzunehmen, dass die NDP – durch staatliche Gelder gefördert – ihre demokratiefeindlichen Ansichten verbreite und Sympathisanten werbe. Das sei nur durch ein Verbot zu unterbinden.

Der Parteitag sprach sich darüber hinaus gegen eine Privatisierung der Bahn und für einen Mindestlohn aus.